

Der Bürgermeister begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung.

Herr Dr. Pich erläuterte seinen Antrag, dass die Gelder aus dem Programm „Gute Schule 2020“ nicht für laufende Projekte, sondern für zusätzliche Aufgaben verwendet werden sollen.

Herr Knülle von der SPD-Fraktion sagte, dass seine Fraktion den vorliegenden Antrag sehr gut nachvollziehen könne, er habe aber größte Bedenken, wenn zusätzliche Mittel im Haushalt veranschlagt würden, dass die Ressourcen zur Umsetzung fehlen würden. Er fände es trotzdem richtig, sich zusammenzusetzen, um gemeinsam zu überlegen, welche zusätzlichen Maßnahmen erforderlich wären und dann in ganz enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung abzustimmen, welche Maßnahmen umgesetzt werden könnten.

Frau Jung von der FDP-Fraktion sagte, dass Sie den Antrag auch gut finde, möchte dazu aber auch eine Stellungnahme der Verwaltung haben.

Herr Schell von der CDU-Fraktion betonte auch nochmal, dass es bei der gebäudlichen Infrastruktur, insbesondere auch bei Schulen, eine große Anzahl an Mängeln geben würde. Aber das nicht nur im finanziellen Bereich, sondern auch im personellen Bereich, nämlich das bestehende Ressourcenproblem, erschwere die Umsetzung der Maßnahmen. Nach seinen Informationen wäre es bei diesem Förderprogramm so, wenn die angemeldeten Mittel innerhalb eines Jahres nicht abgerufen würden, bestände die sehr große Gefahr, dass diese Mittel verfallen würden. Dies wäre noch schlimmer, weil Sankt Augustin eine Haushaltssicherungsgemeinde ist. Er wäre aber auch der Meinung, dass sie sich alle gemeinsam die dringend anstehenden Maßnahmen an den Schulen, wie zum Beispiel die Sanierung der Toilettenanlagen, im Rahmen der Haushaltsberatungen anschauen müssten. Wichtig wäre, dass die schwierigsten Mängel in den Schulen behoben würden.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte, dass seine Fraktion immer wieder kritisiert habe, dass die Mittel aus dem Programm Gute Schule 2020 für notwendige Kita-Baumaßnahmen verwendet würden. Zumindest ein kleiner Teil wäre nach seiner Information für die WLAN-Ausstattung an Schulen vorgesehen. Für die Politik sei es sehr wichtig, die Bedarfe an den Schulen zu kennen, um diese dann bei den anstehenden Haushaltsberatungen berücksichtigen zu können.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! schloss sich den Ausführungen seiner Vorredner an und betonte nochmal, dass es wichtig wäre, die Dinge umzusetzen, die nötig wären und Mittel, die die Stadt zusätzlich bekommen könne, nicht verfallen zu lassen.

Herr Doğan fasste nochmal kurz die wichtigsten Kriterien zum Programm Gute Schule 2020 zusammen. Das Programm Gute Schule 2020 ermögliche es der Stadt Sankt Augustin innerhalb der kommenden vier Jahre, Kredite in Höhe von insgesamt rd. 4,3 Mio € bei der NRW.BANK aufzunehmen (jährlich rd. 1,1 Mio. €). Förderfähig wären Sanierung und Modernisierung, Neu- und Umbau der kommunalen Schulinfrastruktur, Digitalisierungsmaßnahmen und Grundstücke, die notwendiger Bestandteil eines aktuell anstehenden Investitionsvorhabens sind. Sankt Augustin wäre nicht die einzige

Kommune, die die Förderung für bereits etatisierte Projekte einsetze. Die Stadt Sankt Augustin führe aktuell eine ganze Reihe von Baumaßnahmen an Schulen durch, welche auch alle im Projektpriorisierungsplan (PPP) aufgeführt wären. Der PPP wäre bereits das Ergebnis einer ständigen Priorisierung mit Politik, Schulen und Verwaltung. Im Focus dieses Programmes stehe im Übrigen auch die Förderung der digitalen Bildung. Die Stadt habe sich, auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, die das Programm Gute Schule 2020 schaffe, bereits im laufenden Haushaltsjahr intensiv dem Ausbau des WLANs an Sankt Augustiner Schulen gewidmet und werde dies auch im kommenden Jahr fortsetzen.

Die Verwaltung stände in ständigem Austausch mit den Schulen und die im PPP auf den ersten Stellen zu realisierenden Maßnahmen sollten aus seiner Sicht auch als erstes umgesetzt werden.

Frau Jung machte nochmal darauf aufmerksam, dass die Vergangenheit sie gelehrt habe, dass der PPP immer einem ständigen Dialog unterzogen wäre und aufgrund aktueller Notwendigkeiten, zum Beispiel durch die Flüchtlingswelle 2015, ganz schnell in die Schieflage geraten könne. Insofern wäre sie, wie Herr Schell auch, dafür, sich im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen die Dinge nochmal konkret anzuschauen.

Herr Gleß stimmte den Ausführungen von Frau Jung zu. In der eigens dafür eingerichteten Arbeitsgruppe, der Bau- und Planungskonferenz würde einmal im Monat dieser PPP mit allen Beteiligten Fachbereichen überprüft. Der aktualisierte PPP würde bei jeder zweiten Sitzung des GebäudeA der Politik vorgelegt. Er schlug vor, wie bereits vor vier Jahren, nochmal einen vertiefenden Dialog mit Politik und Verwaltung zum PPP zu führen.

Herr Metz glaubte nicht, dass im PPP alle notwendigen Maßnahmen aufgeführt wären und er halte es daher für notwendig nochmal eine Bedarfserhebung an den Schulen durchzuführen.

Herr Knülle unterstrich die Ausführungen von Herrn Metz und er begrüße den Vorschlag von Herrn Gleß, den PPP nochmal in den Dialog zu setzen. Es gelte dann nochmal ausführlich zu diskutieren, welche Gewichtung die Politik den jeweiligen Maßnahmen zuweise.

Herr Dr. Pich vertrat die Meinung, dass der PPP alle anstehenden Maßnahmen, ganz gleich, ob sie umgesetzt werden könnten oder nicht, enthalten müsse.

Der Bürgermeister teilte abschließend mit, dass er dies so dem Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in der sich anschließenden Sitzung vortragen werde.